An 158 von 359 Grundschulen Migrantenkinder in der Mehrheit

Berlin — An fast der Hälfte der Berliner Grundschulen sitzen mehr als 50 Prozent Schüler im Unterricht, die einen Migrationshintergrund haben. Das geht aus einer Antwort der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Herbert Mohr hervor. Danach sind an 158 von 359 Grundschulen Migranten in der Überzahl. An 27 Grundschulen beträgt der Migrantenanteil sogar 90 Prozent und mehr, bei 39 weiteren liegt der Anteil zwischen 75 und 90 Prozent.

Wenig überraschend: Die meisten Grundschüler ausländischer Herkunft werden an Schulen in Mitte und Neukölln unterrichtet. In beiden Bezirken gibt es jeweils zehn Grundschulen, in denen der Migrantenanteil über 90 Prozent beträgt.

Nach Auffassung des Abgeordneten Mohr zeige die Statistik, dass die Kapazitäten zur Aufnahme weiterer Migrantenkinder erschöpft seien. Ein geregelter Unterricht sei an vielen Schulen nur noch schwer möglich.

Jüdisches Mädchen von

Mitschülern mit dem Tod bedroht

Berlin — Nach einem antisemitischen Vorfall an der Paul-Simmel-Schule in Tempelhof hat der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD, Foto) die Berliner aufgerufen, sich konsequent gegen antisemitische Äußerungen zu stellen. Gegenüber dem *Tagesspiegel* sagte Müller: "Dafür müssen alle genau hingucken und hinhören, die Sensibilität jedes einzelnen von uns ist gefordert, um so etwas zu verhindern."

An der Schule sei ein jüdisches Mädchen mehrfach von muslimischen Mitschülern beschimpft und mit dem Tod bedroht worden sein, weil sie nicht an Allah glaube.

Linksterroristen legen Tausende Haushalte in Charlottenburg lahm

Berlin — Eine linksextreme Terrororganisation, die sich selbst "Vulkangruppe NetzHerrschaft zerreißen" nennt, hat heute in der Mittagszeit an der über den Westhafenkanal führenden Brücke acht 10-Kilovolt-Stromkabel zerstört. Der Kabelbrand an der Mörschbrücke am Tegeler Weg in im Stadtteil Charlottenburg kappte über Stundendie Stromversorgung von 6.500 Privathaushalten und 400 Unternehmen.

An zwei je vier Meter breiten Kabelsträngen hätten die

Attentäter Feuer gelegt – nur etwa 15 Meter von Gasleitungen entfernt.

Im Internet schrieben die Terroristen: "Wir haben heute ein paar wichtige Netzwerkverbindungen gekappt und dadurch den Zugriff auf unser Leben unterbrochen – ein bescheidener Beitrag, einen Moment unkontrollierten Lebens zu schaffen."

Schwerverletzter nach Angriff im U-Bahnhof

Berlin — In der Nacht zu Sonntag gab es am U-Bahnhof Frankfurter Allee einen gewalttätigen Angriff auf einen 29-jährigen Mann. Er war mit drei bislang unbekannten Männern in Streit gerate, bei dem einer der Täter ihm gegen den Oberkörper trat. Der 29-Jährige stürzte nach hinten und erlitt dabei lebensgefährliche Kopfverletzungen. Das Trio konnten unerkannt flüchten. Der 29-Jährige wurde in eine Klinik eingeliefert.

"Berlin brennt". Feuerwehrleute mit Mahnwache vor dem Roten Rathaus

Berlin - Die Gewerkschaft der Feuerwehr startet heute eine einwöchige Mahnwache vor dem Roten Rathaus. Grund ist die

Überlastung der Einsatzkräfte, die am Rande ihrer Leistungsfähigkeit sine. Konkret: es würden zu viele Notrufe in der Leitstelle der Feuerwehr landen, wie die *Berliner Morgenpost* berichtet. Hinzu komme ein hoher Krankenstand durch die aktuelle Grippewelle und die dünne Personaldecke bei Zwölf-Stunden-Schichten.

Die Mahnwache unter dem Motto "Berlin brennt" wird von der Gewerkschaft Verdi und von der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeuG) Berlin-Brandenburg organisiert. Die Feuerwehrleute fordern u. a. eine Absenkung der Wochenarbeitszeit und die Auszahlung geleisteter Überstunden.

Berlin braucht dringend mehr Hebammen

Berlin — Das Berliner Abgeordnetenhauses hat heute in seiner aktuellen Stunde zur Situation der Geburtshilfe in Berlin debattiert. Zu diesem Anlass legt die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung eine aktuelle statistische Auswertung zur Situation der Hebammen in Berlin vor.

Die Zahl der beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) gemeldeten freiberuflich tätigen Hebammen ist seit 2007 gestiegen. Vor zehn Jahren waren berlinweit 706 Hebammen registriert, 2016 waren es 1.021. Seit 2013 arbeiteten in Berlin vier bis sechs Prozent der freiberuflichen Hebammen zusätzlich im Belegsystem (2016: 36 Beleghebammen). Neben den freiberuflich tätigen Hebammen stehen den werdenden Eltern in den Krankenhäusern festangestellt tätige Hebammen zur Seite. Innerhalb der vergangenen zehn Jahre stieg die Zahl um 23,5 %

auf 431 im Jahr 2016. Somit waren 2016 in Berlin insgesamt 1.452 Hebammen tätig, 37,6 % mehr als im Jahr 2007 (1.055).

Die Zahl der aktiven Hebammen hält dennoch mit dem Anstieg der Geburtenzahlen nicht Schritt. Ihr Anteil an der Gesamtzahl sinkt. Obwohl im Jahr 2016 gegenüber 2007 etwa 12,7 % mehr freiberufliche Hebammen eine Aktivität gemeldet haben, ist der Anteil an den registrierten Hebammen mit 67,9 % gegenüber den Vorjahren weitaus geringer ausgefallen (2015: 75,3 %).

Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Hebammenleistungen. Die Anzahl der durch Hebammen betreuten Schwangeren hat in den letzten 10 Jahren zugenommen. Weiterhin ist ein kontinuierlicher Anstieg der Inanspruchnahme von Vorsorgeangeboten seitens der Schwangeren erkennbar. Entsprechend ist auch die Zahl der betreuten Mütter seit 2007 gestiegen.

Verwaltungsgericht stoppt Abschiebung eines Mörders in den Libanon

Berlin -Der 22. April 2003 war ein Tag, an dem die oft hartgesottenen Berliner zutiefst schockiert wurden. Als ein Spezialeinsatzkommando (SEK) in einer Neuköllner Wohnung ein Mitglied eines libanesischen Familienclans festnehmen sollte, schoss der Gesuchte sofort und traf den Elitepolizisten Roland Krüger tödlich in den Kopf. Seine Kollegen konnten den Schützen überwältigen.

Wie der Tagesspiegel heute berichtet ist die geplante Abschiebung des verurteilten Mörders (lebenslänglich) für Mitte April vom Berliner Verwaltungsgericht jetzt verhindert worden. Der 48-jährige Mann muss danach weiter in Deutschland geduldet werden, bis eine gesetzlich vorgeschriebene Anhörung stattgefunden hat. Der Aufwand ist immens, denn die unter Geheimhaltung vorbereitete Abschiebung hatte Monate gedauert.

Laut *Tagesspiegel* war der Täter am 26. Januar aus dem offenen Vollzug in die JVA Tegel gebracht worden. Hier sollte er in einer ausbruchssicheren Zelle auf die Abschiebung in den Libanon warten. Das wird nun erstmal nichts.

Werkzeug frei verfügbar, Heizungsraum "zum Kiffen": So fidel ging's in diesem Knast zu

Berlin — Diese Flucht erregte bundesweit Aufsehen: Vier Häftlinge waren Ende Dezember 2017 aus der JVA Plötzensee ausgebrauchen — mit Vorschlaghammer, Flexgeräten und einer Hydraulikpresse aus der Kfz-Werkstatt. Wie lax die Sicherheitsregeln im fidelen Knast waren, legt jetzt ein Untersuchungsbericht des Justizsenators offen, aus dem *Spiegel Online* heute Details veröffentlicht hat.

So sei der Heizungsraum, durch den den Ausbrechern die Flucht gelang "häufiger unverschlossen" gewesen. Mitgefangene hätten ausgesagt, der Raum sein "ein perfekter Ort zum Kiffen" gewesen. Vorschlaghämmer hätten in der Kfz-Werkstatt ungesichert herumgelegen und Brecheisen seien offen zugänglich gewesen.

Schon vier Wochen vor der Flucht sei einem Bediensteten aufgefallen, dass die Schrauben eines Lüftungsgitters gelockert worden seien.

Christoph Meyer ist neuer Berliner FDP-Chef

Berlin — Die Freien demokraten (FDP) haben auf ihrem Landesparteitag Christoph Meyer (Foto) zum neuen Landesparteivorsitzenden gewählt. Mit 72,16 Prozent stellten sich rund drei Viertel der Delegierten hinter den Bundestagsabgeordneten. Als Generalsekretär wurde Sebastian Czaja wiedregewählt.

Korruption bei der Berliner Polizei: Nur bedauerliche

Einzelfälle

Berlin — Wem können wir noch vertrauen? Diese Frage wird sich mancher Bürger stellen, wenn von korrupten Polizisten die Rede ist. Beamte des Berliner LKA haben am Freitag einen Kollegen festgenommen. Der 39-Jährige steht unter dem Verdacht der Bestechlichkeit und der Verletzung von Dienstgeheimnissen. Außerdem soll er in den Drogenhandel verstrickt sein. Beamte nahmen auch drei weitere Männer fest, die Lokale im Wedding betreiben und dort mit Kokain gehandelt haben sollen.

Der Polizist habe den Gastwirten im Frühjahr 2016 angeboten, sie gegen monatliche Zahlungen vor Besuchen von Polizei, Zoll und Bezirksamt zu warnen. Dafür habe er jeweils bis zu 3.000 Euro im Monat kassiert. Außerdem habe er einen Lagerraum in Pankow zur Verfügung gestellt, wo die Lokalbetreiber Drogen lagerten.

Rüdiger Reiff, Korruptionsbeauftragter der Generalstaatsanwaltschaft, erklärte zu dem Fall: "Ich denke nicht, dass wir im Bereich der Polizei ein Korruptionsproblem haben." Pro Jahr würden in Berlin nur drei bis sechs Verfahren gegen Polizeibeamte wegen Bestechlichkeit geführt. Das sei bei mehr als 20.000 Polizisten in der Hauptstadt verschwindend wenig.